

Hinrichtungen in Iran

Die Uno fordert Moratorium

Gegenüber dem Westen zeigt sich die iranische Führung flexibel und um Entspannung bemüht. In Iran selbst ist von Entspannung nichts zu spüren. Die Zahl der Hinrichtungen steigt an.

Jean-Pierre Kapp, Genf

Die Uno-Sonderberichterstatter für Folter, willkürliche Hinrichtungen und Gewalt gegen Frauen haben in dieser Woche Iran aufgefordert, die Anwendung der Todesstrafe auszusetzen. In einem gemeinsamen Bericht zuhanden des Uno-Menschenrechtsrates zeigen sie sich über den exzessiven Einsatz der Todesstrafe beunruhigt. Gemäss ihren Angaben hat die Zahl der Exekutionen seit dem vergangenen Sommer stark zugenommen. Allein seit Beginn dieses Jahres seien in Iran 176 Personen hingerichtet worden. Die Sonderberichterstatter weisen in ihrem Bericht zudem darauf hin, dass die Todesurteile sehr oft unter Missachtung der grundlegendsten Rechte der Angeklagten verhängt werden und die Verurteilten kaum die Möglichkeit haben, die Urteile anzufechten.

Politisches Instrument

So sei beispielsweise am 4. März im Gefängnis von Isfahan eine junge Frau gehängt worden, obwohl sie ihre Unschuld bis zuletzt beteuert habe. Farzaneh Moradi, die im Alter von 15 Jahren gegen ihren Willen verheiratet wurde, hatte zwar zuerst zugegeben, ihren Ehemann ermordet zu haben, hatte ihr Geständnis später aber widerrufen. Auf ihren Widerruf seien die zuständigen Gerichte dann aber nicht eingegangen. Der Uno-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Iran, Ahmed Shaheed, erklärte, Farzaneh sei anscheinend vom Mörder ihres Gatten mit dem Hinweis darauf, dass eine Minderjährige kaum mit einer langen Gefängnisstrafe rechnen müsse, dazu überredet worden, die Tat auf sich zu nehmen.

Die meisten Todesurteile wurden in Iran in den letzten Jahren im Zusammenhang mit Drogendelikten verhängt. Westliche Beobachter und iranische Oppositionelle weisen aber darauf hin, dass Exekutionen auch als politisches Druckmittel eingesetzt werden, um Andersdenkende einzuschüchtern. In diesem Zusammenhang sei auch die starke Zunahme der Exekutionen in den letzten Monaten zu sehen. Während Rohani über die Atomverhandlungen eine Aufhebung der Sanktionen zu erreichen versuche, um eine Erholung der iranischen Wirtschaft zu ermöglichen, werde die Opposition mit drakonischen Mitteln zum Schweigen gebracht. An einer wirklichen Demokratisierung des Landes habe der Präsident kein Interesse. Es gibt aber auch ausländische Beobachter, die glauben, dass Rohani keine andere Wahl hat, als sich gegenüber der Opposition unnachgiebig zu zeigen, damit die Hardliner im Parlament seine Öffnung gegenüber dem Westen nicht torpedieren.

900 politische Gefangene

Auf die Diskrepanz zwischen der Charmeoffensive gegenüber dem Westen und der anhaltenden Repression in Iran hatte auch Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon in einer Ansprache zu Beginn dieser Woche hingewiesen. Ban Ki Moon betonte, dass nicht nur die Zahl der Exekutionen stark angestiegen sei, sondern dass auch weiterhin regierungskritische Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und Angehörige religiöser Minderheiten verfolgt würden. Der Uno-Sonderberichterstatter für Iran beziffert die Zahl politischer Gefangener auf mindestens 900. Symptomatisch ist die Tatsache, dass der Sonderberichterstatter weiterhin nicht nach Iran einreisen kann. Seinen diesjährigen Bericht musste er aufgrund von Interviews mit Iranern in Drittländern machen.